

Bericht des Beirats zum Sachsen-Monitor 2023

A. Zentrale Ergebnisse des Sachsen-Monitors 2023

Seit der letzten Befragung zum Sachsen-Monitor 2021/22 hat sich die Stimmungslage in Sachsen deutlich eingetrübt. Schon am Ende des damaligen Befragungszeitraums begann der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, in dessen Folge es zu weiteren Verunsicherungen der Menschen durch Energiekrise, Inflation, wirtschaftlichem Abschwung und Fluchtmigration kam. Das im Bericht 2021/22 beschriebene kontroverse politische Ringen setzte sich bei all den genannten Themen stärker als bisher fort. Das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie und in die Institutionen ist deutlich gesunken, während die menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen deutlich gestiegen sind.

Vor diesem Hintergrund ist für den Beirat die Analyse der Empfindungen der Menschen in Sachsen, deren Einstellungen zu sozialen und politischen Fragen und deren Veränderungen im Vergleich zum letzten Sachsen-Monitor 2021/22 von besonderem Interesse. Die Datenerhebung fand noch vor dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel statt, so dass diese Problemlage noch keine Relevanz für die hier vorliegenden Ergebnisse hat.

1. Zukunftsoptimismus nimmt ab

Die Einschätzung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Menschen in Sachsen ist nach wie vor von einer ambivalenten Wahrnehmung der Befragten geprägt: Eine hohe, wenn auch im Vergleich zum letzten Sachsen-Monitor erkennbar rückläufige, Zufriedenheit im persönlichen Leben ist verbunden mit größer werdenden Sorgen bezüglich gesellschaftlicher Entwicklungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Persönliche Lage – abnehmender Optimismus

Auf der persönlichen Ebene zeigen sich die Menschen in Sachsen immer noch weit überwiegend zufrieden und optimistisch, wenn auch die Werte gegenüber 2021/22 deutlich gesunken sind. So bewerten 72 Prozent der Befragten ihre persönliche wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut. Dies stellt ein Minus von elf Prozent gegenüber 2020/21 dar. Arbeiterinnen und Arbeiter zeigen sich zu 59 Prozent mit ihrer wirtschaftlichen Situation zufrieden, das ist ein Minus von 22 Prozent gegenüber 2021/22. Wird auf die finanzielle Lage geschaut, zeigt sich eine Mehrheit von 61 Prozent zufrieden mit ihrer finanziellen Situation, ein Minus von 16 Prozent gegenüber 2021/22. 38 Prozent der Befragten (plus 16 Prozent gegenüber 2021/22) sind eher oder sehr unzufrieden. Zwei-Drittel der Befragten, 74 Prozent, kritisieren die hohen Lebenshaltungskosten, das sind 24 Prozent mehr als 2021/22.

In Bezug auf die Beschäftigungssituation und das Wohnumfeld zeigt sich demgegenüber weiterhin eine hohe Zufriedenheit (Wohnungssituation 90 Prozent (ein Minus von 3 Prozent gegenüber 2021/22), Beschäftigungssituation 72 Prozent (ein Minus von 5 Prozent gegenüber 2021/22)). Ein deutlicherer Rückgang der Zufriedenheit zeigt sich bei der Sicherheit auf Straßen und Plätzen, die zwar immer noch von einer Mehrheit von 64 Prozent mit gut oder sehr gut eingestuft wird, der Wert ist aber um 15 Prozent gegenüber 2021/22 gesunken. 63 Prozent (ein Minus von 10 Prozent gegenüber 2021/22) der Befragten sehen eher optimistisch in die Zukunft, wobei sich die jüngste Altersgruppe mit 70 Prozent optimistischer zeigt (dennoch auch hier ein Minus von 15 Prozent gegenüber 2021/22). Auffällig ist die regionale Spreizung. Die Menschen in den Landkreisen Görlitz und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sind deutlich

pessimistischer. Hier blicken nur noch 51 bzw. 55 Prozent optimistisch in die Zukunft. Die bei weitem optimistischsten Sachsen und Sächsinen leben in den Landkreisen Nordsachsen und Meißen (70 bzw. 69 Prozent eher optimistisch).

Über den gesamten Freistaat verteilt sehen 35 Prozent (ein Plus von 11 Prozent gegenüber 2021/22) aller Befragten ihre Region als „abgehängt“ – wobei diese Einschätzung in der Bevölkerung in ländlichen Regionen im Vergleich zu den beiden Großstädten Dresden (15 Prozent) und Leipzig (27 Prozent) zum Teil deutlich stärker ausgeprägt ist. Es ist nicht überraschend, dass gerade Bewohnerinnen und Bewohner kleinerer Orte mit einer Einwohnerzahl von unter 5.000 zu 48 Prozent ihren Ort eher abgehängt wahrnehmen als Menschen in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern, dort sind es nur 23 Prozent. Hervorzuheben ist aber auch, dass es zwischen den Landkreisen größere Unterschiede gibt. Während sich im Landkreis Leipzig nur 24 Prozent, im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge nur 26 Prozent und im Erzgebirgskreis nur 30 Prozent abgehängt fühlen, betrifft dies in den Landkreisen Zwickau mit 52 Prozent und Görlitz mit 54 Prozent deutlich mehr Menschen. Das Gefühl des Abgehängtseins ist ein Indikator dafür, wie unzufrieden die Menschen an ihrem Lebensort sind und wie sehr sie sich sowohl infrastrukturell, auf die Angebote der Daseinsvorsorge bezogen, wirtschaftlich und kulturell von den regierenden Parteien in ihren Ängsten und Sorgen nicht ernst genommen fühlen.¹

Sorgen zur gesellschaftlichen Lage – die Gesellschaft wird ungerechter wahrgenommen

Während im persönlichen Umfeld noch immer eine hohe Zufriedenheit herrscht, bestehen große Sorgen in Bezug auf die gesellschaftliche Situation. Dabei zeigen sich weiterhin bei einer großen Mehrheit Sorgen hinsichtlich einer zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich (87 Prozent) und eines Verlustes des gesellschaftlichen Zusammenhalts (81 Prozent). Beide Werte lagen 2021/22 bei jeweils etwa 80 Prozent.

Das Gefühl, dass es in Deutschland ungerecht zugeht, hat weiter zugenommen. 64 Prozent der Befragten und damit sieben Prozent mehr als 2021/22 stimmen dieser Aussage zu.

Wird auf der persönlichen Ebene gefragt, glauben 46 Prozent im Vergleich zu anderen in Deutschland weniger als den gerechten Anteil zu bekommen, 5 Prozent mehr als bei der letzten Befragung. Gefragt nach den wesentlichen Gründen wurden niedrige Löhne (25 Prozent), geringe Renten (25 Prozent) und soziale Ungerechtigkeit (16 Prozent) am häufigsten genannt.

Die Sicht auf die Chancen eines sozialen Aufstiegs hat sich deutlich eingetrübt, 51 Prozent der Befragten sehen für sich selbst eher schlechte Chancen (ein Zuwachs von 14 Prozent). Allerdings sind junge Menschen deutlich optimistischer, von den 18-29-Jährigen bewerten nur 32 Prozent ihre Chancen als schlecht. Die Aufstiegschancen werden gerade von Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und aus den unteren sozialen Schichten deutlich schlechter eingeschätzt.

Optimistisch werden dagegen weiterhin, wenn auch abnehmend, die Aufstiegschancen der eigenen Kinder gesehen, diese werden mit 70 Prozent als gut oder sehr gut eingeschätzt (Sachsen-Monitor 2021/22: 80 Prozent, 2018: 70 Prozent, 2017: 64 Prozent).

¹ vgl. Deppisch L., Osigus T., Klärner A. (2023): „Gefühle des Abgehängtseins“ in ländlichen Räumen? Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Projektbrief 2023/38, https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn066762.pdf.

2. Politik, Demokratie und Institutionenvertrauen – weiterer erheblicher Vertrauensverlust

Die Zufriedenheit mit der Demokratie – wie sie in Deutschland und wie sie in Sachsen funktioniert – hat mit 41 Prozent Zustimmung für Deutschland (Rückgang um 18 Prozent) und mit 49 Prozent Zustimmung für Sachsen (Rückgang um 12 Prozent) im Vergleich zu den Werten des Sachsen-Monitors 2020/21 deutlich abgenommen. Eine Mehrheit ist unzufrieden oder sehr unzufrieden.

Besonders hervorzuheben ist, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen, das seit 2018 deutlich gestiegen war, wieder deutlich abgenommen hat. Großes Vertrauen in die Landesregierung haben 44 Prozent (2021/22: 53 Prozent) der Befragten – ein Minus von 9 Prozent. Ähnliche Rückgänge verzeichnete der Sächsische Landtag mit nur noch 44 Prozent (minus 8 Prozent). Deutliche Rückgänge verzeichnet auch der Bundestag mit nur noch 23 Prozent (minus 20 Prozent). Die kommunalen Parlamente hatten Rückgänge um 11 Prozent auf nunmehr 49 Prozent zu verzeichnen. Das Vertrauen in Parteien ist um 12 Punkte auf nur noch 10 Prozent gefallen. Das System der Parteiendemokratie wird von der sächsischen Bevölkerung offenbar sehr kritisch bewertet, 46 Prozent der sächsischen Bevölkerung und damit 4 Prozent mehr als 2021/22, gibt an, keiner der bestehenden Parteien zu zuneigen. Parallel dazu haben auch die Regierungen erheblich an Vertrauen verloren. Während die Sächsische Landesregierung zwar noch bei 44 Prozent (und damit 9 Prozent weniger als noch 2021/22) der Bevölkerung in Sachsen das Vertrauen genießt, zeigt sich der Vertrauensverlust auf der Ebene der Bundesregierung mit einem Minus von 21 Prozent auf nur noch 18 Prozent als dramatisch. Erstaunlich ist dabei, dass hier sogar das Europäische Parlament und die Europäische Kommission – wenn auch nur geringfügig – aber dennoch mit jeweils 20 Prozent höhere Werte aufweist, was wegen der „Ferne“ Europas eher untypisch ist.

Alarmierend ist auch das stark gefallene Vertrauen in die Gerichte und das Bundesverfassungsgericht. Die Gerichte genießen nur noch bei 56 Prozent sehr großes und großes Vertrauen (minus 4 Prozent gegenüber 2021/22). Das Bundesverfassungsgericht wird ähnlich bewertet, 54 Prozent der Befragten (minus 8 Prozent) haben hier sehr großes oder großes Vertrauen. In den letzten Jahren haben die Gerichte einschließlich des Bundesverfassungsgerichts erheblich an Anerkennung in der Bevölkerung verloren.

Im Gegensatz zu den staatlichen Institutionen genießt die Wissenschaft noch immer ein hohes Vertrauen: Fast 2/3 der Befragten (65 Prozent) haben großes bis sehr großes Vertrauen.

Den öffentlich-rechtlichen Medien und Tageszeitungen vertraut nur noch eine knappe Mehrheit von 51 bzw. 49 Prozent. Hier zeigt sich ein weiterer deutlicher Vertrauensrückgang seit 2016 um 27 bzw. 23 Prozent. Nochmal deutlich geringer fällt das Vertrauen in soziale Medien (facebook, Twitter etc.) aus: nur 14 Prozent finden diese glaubwürdig.

Weiter zugenommen hat das Misstrauen der Menschen untereinander: 64 Prozent – 9 Prozent mehr als 2018 – sagen, „man kann nicht vorsichtig genug sein“, wohingegen nur noch 34 Prozent die Ansicht vertreten, dass den meisten Menschen vertraut werden könne.

Das Vertrauen in andere Menschen, in zentrale gesellschaftliche Institutionen und ein Empfinden für soziale Gerechtigkeit sind wichtige Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – die deutlich sinkenden Zustimmungswerte somit ein alarmierendes Signal.

3. Deutlicher Anstieg von Ressentiments gegenüber Minderheiten

Menschenfeindliche Einstellungen und nationalchauvinistische Haltungen haben im Zeitverlauf deutlich zugenommen. Besonders betrifft das die Einstellung zu Ausländern. 2/3 der

befragten Personen, 64 Prozent, nehmen Deutschland als „durch Ausländer gefährlich überfremdet“ wahr. Nach einem Rückgang von 16 Prozent im letzten Sachsen-Monitor 2021/22 ist das eine erneute Zunahme um 24 Prozent. Damit ist der Anteil von Personen, die sich „überfremdet“ fühlen, auf einen Höchststand seit 2016 (damals 58 Prozent) angestiegen. Die eigene Wohnumgebung nehmen 30 Prozent als „überfremdet“ wahr, auch hier ein deutliches Plus von 21 Prozent. Ähnliche Entwicklungen finden sich auch deutschlandweit, so etwa in der aktuellen Mitte-Studie 2023,² in Ostdeutschland und insbesondere in Sachsen bewegen sich die Entwicklungen allerdings auf einem deutlich höheren Niveau.

Der deutliche Anstieg der negativen Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten hat verschiedene Ursachen. Zum einen hat die Fluchtmigration – insbesondere durch die hohe Zahl von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine – ein hohes Niveau erreicht, zum anderen ist im öffentlichen Diskurs erneut die migrationsfeindliche Stimmung angewachsen. Diese wird von rechtsextremistischen Kräften befeuert und hat inzwischen fast alle Parteien erreicht. Migration ist zu einem zentralen politischen Mobilisierungsthema geworden, wobei die Debatten zum Teil populistisch geführt werden.

Die Fluktuation im Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen im Zeitverlauf spiegelt die potentielle Empfänglichkeit großer Bevölkerungsteile in Sachsen für menschenfeindliche Ressentiments. Dies trifft vor allem Muslime und Sinti und Roma. Diese Einstellungsmuster sind deutlich von politischen Stimmungen im Land beeinflusst. Die stark schwankenden Ergebnisse der Sachsen-Monitore legen die Vermutung nahe, dass ein Anteil von 20-30 Prozent dieser Personengruppe zwar keine verfestigten fremdenfeindlichen Haltungen hat, aber zumindest eine große soziale Distanz aufweist, die fremdenfeindlich mobilisierbar ist.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezieht sich nicht nur auf ethnische Minderheiten. Bereits 2021/22 war ein Anstieg sozialdarwinistischer Motive in der sächsischen Bevölkerung aufgefallen, ein Trend, der sich nun verstetigt hat: 17 Prozent (das entspricht einer Verdoppelung seit 2017) der Befragten akzeptiert das Recht des Stärkeren. 66 Prozent glauben, dass sich Langzeitarbeitslose ein schönes Leben auf Kosten anderer machen. Das ist eine Zunahme von 15 Prozent gegenüber 2021/22 und ebenfalls ein Höchststand seit 2016, damals waren es 46 Prozent der Befragten, die dieser Aussage zustimmten. Ebenfalls abgenommen hat die Toleranz gegenüber Homosexuellen, 30 Prozent finden gleichgeschlechtliche Beziehungen unnatürlich, ein Plus von 7 Prozent gegenüber 2021/22.

Auch der Antisemitismus nimmt zu. 26 Prozent geben an, Juden versuchten Vorteile aus dem Nationalsozialismus zu ziehen, das sind 4 Prozent mehr als im letzten Monitor in 2021/22. 18 (plus 2) Prozent der Menschen in Sachsen finden, Juden hätten zu viel Macht, ein Narrativ, dass an viele Verschwörungserzählungen anknüpft.

Insgesamt ein bedrückendes Bild. Es zeigt sich in allen Dimensionen ein Anstieg menschenfeindlicher Haltungen. „Ausländer“ und Langzeitarbeitslose werden am stärksten abgewertet. Diese Haltungen finden sich bei 2/3 der Befragten in Sachsen. Für fast alle im Monitor betrachteten Minderheiten werden Höchstwerte in Richtung Ablehnung im Vergleich zu den bisher erhobenen Sachsen-Monitoren erreicht.

Sozialstrukturell und regional unterschiedliche Risikolagen

In der Altersgruppe der 18–29-Jährigen finden sich die wenigsten Ressentiments im Vergleich zu allen Altersstufen. In dieser Gruppe sehen 38 Prozent Deutschland als „gefährlich

² Zick und Mokros 2023: 67 f..

überfremdet“, bei den über 60-Jährigen sind es über 70 Prozent. Auch der Bildungsstand hat einen starken Einfluss. Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss sehen Deutschland zu 79 Prozent als „überfremdet“, bei Befragten mit Abitur sind es 47 Prozent. Einzelne Landkreise fallen durch sehr hohe Werte von über 80 Prozent auf: Erzgebirge 81 Prozent, Görlitz 84 Prozent, Vogtland 81 Prozent. Insgesamt ist das Niveau in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern deutlich erhöht, 77 Prozent sagen dort, Deutschland sei „überfremdet“.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Abwertung Langzeitarbeitsloser. Jüngere zeigen sich hier toleranter, „nur“ 49 Prozent der 18-29-Jährigen unterstellen Langzeitarbeitslosen Faulheit auf Kosten der anderen, aber über 80 Prozent der über 70-Jährigen. Auch hier zeigen Befragte in ländlichen Regionen deutlich stärkere Ressentiments. Höchste Werte erreicht der Erzgebirgskreis mit 83 Prozent der Befragten, die Langzeitarbeitslose abwerten. Es zeigt sich zudem, dass Personen, die sich selbst dem Status „Arbeiter“ zuordnen, hier besonders intolerant sind: 84 Prozent werten Langzeitarbeitslose ab. Ähnliches gilt für Personen mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Abschluss, hier sind es 82 Prozent.

Die Betrachtung spezieller Gruppen und Regionen offenbart zum Teil stark ausgeprägte menschenfeindliche Haltungen in bestimmten sozialen und regionalen Kontexten. Mit Werten von über 80 Prozent finden sich hier zum Teil fast flächendeckend Ressentiments gegenüber Ausländern. Aber auch die Abwertung und soziale Ausgrenzung Langzeitarbeitsloser steigt deutlich. Hierbei fallen insbesondere Personen mit einem niedrigen sozialen Status und geringer Bildung auf. Prekäre Lebensverhältnisse und Statusängste befördern offenbar ein Bedürfnis nach Abwertung von Fremdgruppen, denen ein noch niedrigerer Status zugeschrieben werden kann, als es der eigene bereits ist.

Die in der Tendenz etwas niedrigeren Werte in der Gruppe der 18-29-Jährigen sind zwar erfreulich, insbesondere nachdem dieser Trend sich in den letzten Jahren so nicht gezeigt hatte, dennoch sind Prozentanteile von 40-50 Prozent, die menschenfeindliche Haltungen aufweisen, nur in der Relation wenig, letztlich findet sich auch bei den Jüngeren ein alarmierend hohes Niveau an menschenfeindlichen Haltungen.

Erstarkende Unterstützung für populistische und demokratiefeindliche Einstellungen

Populistische Haltungen zeichnen sich u. a. dadurch aus, dass scharfe Gegensätze zwischen dem „einfachen Volk“ und einer elitären politischen Gruppe konstruiert werden. Häufig finden sich dabei Elemente, die gegen die Prinzipien einer liberalen repräsentativen Demokratie stehen. Die Macht soll zwar dem Volk übertragen werden, häufig ist diese Forderung aber verbunden mit dem Wunsch nach einer starken Führungsperson, die diesen Volkswillen repräsentiert und über allen anderen Institutionen steht.

Besonders Rechtspopulisten nutzen solche Argumentationen, um die pluralistische Demokratie in Frage zu stellen, indem sie „das Volk“ völkisch konstruieren.

Solche Einstellungen werden zum Teil auch im Sachsen-Monitor gemessen. Nachdem die populistischen Einstellungen im Sachsen-Monitor 2021/2022 leicht zurückgegangen sind, verzeichnet die neueste Befragung einen deutlichen Anstieg. Insbesondere Denkmuster, innerhalb derer Politikerinnen und Politiker pauschal einer elitären Gruppe zugeordnet werden und ein Gegensatz zum Denken des einfachen Volkes konstruiert wird, sind weit verbreitet. So geben 81 Prozent der Befragten in Sachsen an, „Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler“ und haben keinen wirklichen Kontakt zur Bevölkerung. Dieses Niveau lag 2021/2022 bei 71 bzw. 72 Prozent. Damit liegen die Werte etwa auf dem Niveau von 2018. Die Zustimmung zur

Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, ist von 2017 bis 2021/22 um 5 Prozent auf 36 Prozent gesunken. Jetzt ist der Wert wieder um 6 Prozent auf 42 Prozent angestiegen. Zudem sagen 61 Prozent der sächsischen Bevölkerung (16 Prozent mehr als 2021/22), dass es in einer Demokratie auf die Rechte der Mehrheit ankomme und in Deutschland zu viel Rücksicht auf die Rechte von Minderheiten genommen werde. Auch hier ein Zuwachs um 15 Prozent. Weit über die Hälfte der Befragten (63 Prozent) sehen den Mehrheitswillen als wichtiger als Gesetze und das Parlament. Beide Aussagen lassen ein eklatantes Defizit im Verständnis und/oder eine deutliche Abkehr von zentralen Prinzipien der demokratischen Grundordnung vermuten.

Die potentielle Offenheit für rechtspopulistische Denkmuster zeigt auch der stark verbreitete Wunsch nach Führung in der sächsischen Bevölkerung. 56 Prozent wünschen sich eine „starke Hand“, in der Altersgruppe der 18-29-Jährigen sind es nur 31 Prozent. Immerhin 18 Prozent der Befragten befürworten sogar eine Diktatur unter bestimmten Umständen, ein Plus von 6 Prozent im Vergleich zur letzten Befragung. Diese Einstellungsmuster bieten Anknüpfungspunkte für autoritäre Bewegungen. Insbesondere in überkomplexen Krisenzeiten – wie im Augenblick mit dem Krieg in der Ukraine, dem Krieg in Israel/Gaza, der Inflation etc. ist die Gefahr einer Ausbreitung autoritärer Narrative bei Menschen, die prinzipiell offen sind für vereinfachende Erklärungsmuster, groß und diese reichen offenbar bis weit in die Mitte der sächsischen Gesellschaft. Diese Empfänglichkeit besteht weitgehend unabhängig von der persönlichen wirtschaftlichen Zufriedenheit. Grund dafür könnte das Bedürfnis nach Ordnung und Orientierung in überfordernden Zeiten sein. Rechte Akteure versuchen, genau diese diffuse Unzufriedenheit in eine Systemgegnerschaft umzudeuten.

Inwieweit sich hinter den geäußerten Wünschen nach mehr direkter Demokratie ein realer Wunsch nach mehr Partizipation und Transparenz verbirgt, bleibt zumindest eine offene Frage. Im Sachsen-Monitor 2023 erreicht die Zustimmung zur Aussage „Mehr Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen würde das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen“ einen sehr hohen Wert von 87 Prozent (plus 2 Prozent). Es gibt zudem eine ausgeprägte Zustimmung zur Aussage „Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie“. Diese steigt stark um 13 Prozent auf 65 Prozent Zustimmung an. Die Sympathie für Formen direkter Demokratie kann jedoch auch ins Undemokratische kippen. Diese Problematik zeigt sich in der hohen Zustimmung von 63 Prozent der Befragten (plus 15 Prozent) zu der Aussage: „Wenn die Mehrheit des Volkes etwas fordert, dann sollte das von der Politik auch umgesetzt werden – egal was Gerichte, Parlamente oder das Grundgesetz dazu meinen.“ Hier spiegelt sich ein autoritäres Demokratieverständnis, das Gewaltenteilung und Pluralität ablehnt und einen einheitlichen Volkswillen imaginiert. Zugleich ist die Zahl derer, die nicht mehr zur Wahl an einem Parlament teilnehmen würden, erneut gestiegen. So sagen zwar noch immer 70 Prozent der Sachsen, dass sie an einer Wahl teilnehmen würden, dies sind zugleich aber 13 Prozent weniger als noch 2021/22.

4. Die Relevanz der Geschichte

In Sachsen stimmen immer noch 60 Prozent der Menschen (2021/2022 waren es 55 Prozent) der Aussage zu, die Ostdeutschen seien „Bürger 2. Klasse“, und zwar weitestgehend unabhängig vom persönlichen Grad der Zufriedenheit. Ebenso spielen Bildungsgrad und Alter nur eine untergeordnete Rolle. So zeigen immer noch 54 Prozent in der Altersgruppe 18-29 diese Haltung. 65 Prozent der Befragten gibt an, im persönlichen Umfeld häufig über die Nachwendzeit zu sprechen, mehr als die Hälfte (54 Prozent) wünscht sich, dass auch deutschlandweit mehr über die Umbrüche und Erfahrungen aus der Zeit nach der Wiedervereinigung

gesprochen wird. Dieser Wunsch nach einer breiteren Debatte findet sich in allen Altersstufen. Er ist mit 61 Prozent bei der Altersgruppe der 18-29-jährigen besonders stark ausgeprägt. Der Wunsch nach einer stärkeren Würdigung der Leistungen der Ostdeutschen nach der Wende findet sich weiterhin bei über 75 Prozent der Befragten mit seit 2018 und 2021/22 weiter steigender Tendenz. Dies ist auch für die heute 18-29-Jährigen, die Nachwendegeneration, in gleichem Maße (76 Prozent) ein Anliegen.

Interessant ist dabei auch die Haltung zur Aussage, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen: 2021/22 stimmen sehr viel mehr Befragte dieser Aussage zu, als dies noch 2018 der Fall war (Anstieg von 39 auf 55 Prozent). Dieser Anstieg setzt sich auch 2023 fort. Nunmehr sind 60 Prozent dieser Auffassung. Auch mehr jüngere Befragte geben hier eine klare Antwort: Hatten 2018 noch 28 Prozent mit „weiß nicht“ geantwortet und 39 Prozent dem zugestimmt, stimmen 2021/22 52 Prozent der Aussage zu. 2023 sind es nunmehr 68 Prozent, mehr als 2/3 aller 18-29-Jährigen.

In den letzten drei Jahren ist zudem die Zahl der Befragten deutlich gestiegen, die eine stärkere Nähe zu den Menschen in Osteuropa als zu den Westdeutschen artikulieren (von 17 Prozent im Jahr 2018 auf 29 Prozent). Die Zahl ist 2023 um weitere 5 Prozent auf 34 Prozent gestiegen.

B. Ergebnisse der Zusatzteile

1. Klimawandel – Abnehmende Sorgen trotz steigender Gefahren

Dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen bedroht, bereitet 53 Prozent der Sachsen und Sächsinen Sorgen. Das ist insgesamt ein Rückgang von 11 Prozent und damit der einzige Teilbereich der abgefragten Besorgnisse mit einer deutlichen Abnahme. Dies ist eine Überraschung angesichts der zunehmenden Sichtbarkeit der Folgen des Klimawandels. Hier finden sich deutliche Unterschiede in den Altersgruppen. In der jüngsten Gruppe der 18-29-Jährigen machen sich 71 Prozent Sorgen, der Rückgang ist hier mit 3 Prozent im Vergleich zum letzten Monitor deutlich geringer als in der Gesamtgruppe. Weiterhin glauben rund 60 Prozent der Bevölkerung in Sachsen, dass die Regierung bzw. die EU-Kommission zu wenig für den Klimaschutz tue, hier hat sich wenig verändert, allerdings stieg der Anteil derer, die denken, die Regierung bzw. EU-Kommission tue zu viel, um deutliche 11 Prozent auf 30 bzw. 26 Prozent an, wohingegen 61 Prozent der Befragten der Meinung sind, sich selbst bereits ausreichend für den Klimaschutz einzusetzen. Hier formiert sich offenbar eine sehr divergente Sichtweise auf die Frage nach der Lösung der Klimaproblematik. Bezüglich der Frage der Berücksichtigung von verschiedenen Interessen in der Klimapolitik, bleibt es bei der Wahrnehmung von über 60 Prozent der sächsischen Bevölkerung, dass die Interessen von Großunternehmen und wohlhabenden Menschen zu stark berücksichtigt würden.

2. Krise der Demokratie – sehr hohes Niveau an Verschwörungsglauben

Die Skepsis gegenüber der Demokratie und die Offenheit für populistische Anrufungen stellen ernsthafte Gefahren für die Demokratie dar. Im aktuellen Sachsen-Monitor äußern 40 Prozent der sächsischen Bevölkerung extrem demokratieskeptische bzw. verschwörungsgläubige Haltungen. Hinzu kommt eine Grauzone von Personen, die diesen Aussagen zumindest teilweise zustimmen. So sagen etwa 40 Prozent der Befragten, die Regierung betrüge das Volk, 27 Prozent stimmen dieser Aussage teilweise zu. 43 Prozent äußern, Politiker seien nur Marionetten dahinterstehender Mächte und weitere 24 Prozent sehen das teilweise so. 42 Prozent sagen, Medien und Politik stecken unter einer Decke, 30 Prozent finden, dass das zumindest zum Teil

zutrifft. Diese Haltungen finden sich auf hohem Niveau auch in der Mitte-Studie 2023 für die Gesamtbevölkerung – allerdings ist das Niveau in Sachsen jeweils um ca. 10 Prozent höher. Positiver ist das Bild, das sich bei der Analyse der Altersgruppen ergibt – hier zeigt die jüngste Altersgruppe, der 18-29-jährigen jeweils ein deutlich niedrigeres Niveau an Verschwörungsglauben. In dieser Altersgruppe denken 24 Prozent, die Regierung betrüge das Volk (26 teilweise), 26 Prozent (20 teilweise) halten Politiker für Marionetten dahinterstehender Kräfte und 27 Prozent (26 teilweise) finden, Politik und Medien stecken unter einer Decke. Sie zeigen sich mit rund 60 Prozent auch deutlich zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland als die älteren Befragten.

C. Fazit: Demokratie in Gefahr?

Die gute Nachricht: Trotz multipler Krisen und Herausforderungen halten 83 Prozent der sächsischen Bevölkerung die Demokratie für eine gute Regierungsform, in der jüngsten Altersgruppe sagen das sogar 90 Prozent. Ebenso findet sich die Demokratie in Deutschland, wenn auf die Qualität der demokratischen Institutionen geschaut wird, weiterhin in der Spitzengruppe im internationalen Vergleich.³ Allerdings sollte sich auf diesen Befunden nicht ausgehört werden. Es gibt eine große Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Gleichzeitig etablieren sich politische Kräfte, die die aktuelle Stimmungslage zu instrumentalisieren wissen und die für die demokratischen Institutionen zu einer Gefahr werden könnten. Die Befunde des aktuellen Sachsen-Monitors sollten diesbezüglich aufrütteln – die Analysen zeigen für größere Teile der Bevölkerung in verschiedenen Teildimensionen wie Politikverdrossenheit, autoritären Haltungen, mangelndem Institutionenvertrauen und menschenfeindlichen Ressentiments zumindest eine besorgniserregende Distanz zu wichtigen Prinzipien unserer demokratischen Grundordnung. Dringend nötig ist deshalb ein Konsens der demokratischen Kräfte, der die populistischen Angriffe rechtsextremer Akteure auf die Demokratie geschlossen abwehrt.

D. Statements einzelner Beiratsmitglieder

Für ein positives Narrativ der pluralen Demokratie (*Prof. Dr. Susanne Rippl*)

Populismus arbeitet gezielt mit Vereinfachungen und Feindbildern. Der gesellschaftliche Zusammenhang wird als ein einfaches „Wir“ gegen die „da oben“, die „Eliten“ oder die „anderen, die nicht dazugehören“ dargestellt. Forderungen nach direkter Demokratie schließen oft an solche Vereinfachungen an. Doch gesellschaftlicher Zusammenhalt ist in demokratischen Kontexten weder einfach zu erreichen, noch gibt es ein homogenes Wir. Unsere Demokratie zeichnet sich gerade durch Vielfältigkeit, liberale Haltungen und Toleranz gegenüber Minderheiten aus. Und gerade diese freiheitlich und rechtsstaatlich organisierte Pluralität macht unsere Gesellschaft so attraktiv für viele Menschen, die in autoritären Zusammenhängen leben.

Daher ist es wichtig, dem naiven, anti-pluralen Narrativ der Volksgemeinschaft ein positives Narrativ pluraler Demokratie gegenüberzustellen, dass Konflikte und Diskussionen nicht per se als Spaltung oder Streit diffamiert werden, sondern als Teil der Demokratie und des Ringens um die beste Lösung. Eine plurale Demokratie entwickelt Lösungen gerade durch widerstreitende Positionen aus harten, konstruktiven Diskussionen, Rede und Gegenrede. Die Übernahme eines Politikstil, der den Diskurs und andere Meinungen als Feindschaft diffamiert, Konkurrenten zu Feinden erklärt, destruktive unsachliche Debatten forciert und das

³ vgl. <https://www.demokratiematrix.de/>.

Parlament und Parteien als „Quasselbude“ diskreditiert, schadet dem Ansehen der Demokratie. Komplexe Sachverhalte und multiple Krisen lassen sich nicht durch Vereinfachung lösen – das sollten seriöse Politiker:innen und Medien klar kommunizieren. Ebenso gibt es den einfachen Volkswillen nicht, dass sollte jedem/r Bürger:innen klar sein, der oder die sich in der eigenen Familie umsieht. Streit und sachliche Debatten zur Lösung von Problemen sind integraler Bestandteil der Demokratie – ein kultiviertes Streiten müssen Politiker:innen vorleben.

Für kulturelle Angebote im ländlichen Raum als soziale Orte *(Prof. Dr. Mandy Schulze)*

Dass Menschen im ländlichen Raum ihr Lebensumfeld eher als „abgehängt“ bezeichnen, als Befragte in der Stadt, überrascht wohl kaum. Dennoch lohnt sich ein Blick darauf, was darunter verstanden wird, um diese Einschätzung einzuordnen und adäquate Empfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft ableiten zu können. Neben Infrastruktur und wirtschaftlicher Entwicklung kommt es besonders auf Bildungs- und Kulturangebote an. Angebote zum gemeinsamen Erleben und Kennenlernen sind wichtige Kristallisationspunkte für gegenseitigen Respekt, sozialen Austausch und Teilhabe und müssen für alle im ländlichen Raum als starke Standortfaktoren in der Regionalentwicklung konsequent mitgeplant werden. Eine Strukturpolitik, die allein auf Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau und Unternehmensförderung setzt, gilt als wenig erfolgversprechend. Erhalt und Entwicklung sozialer Orte wurden im ländlichen Raum vernachlässigt und können nicht mit zivilgesellschaftlichem Engagement kompensiert werden. Für eine langfristige Stärkung der Demokratie braucht es Räume und Austausch im direkten Kontakt beim gemeinsamen Tun und auch Feiern, das setzt eine entsprechend sozialpolitische Wertschätzung und langfristige Finanzierung voraus. Ideen dafür sind in vielen Gemeinden Sachsens vorhanden.

Direkte Demokratie fördern, Gerichten vertrauen *(Prof. Constanze Geiert)*

Wenn die Sachsen mehr direkte Demokratie wünschen, sollte der Staat dies fördern. Dabei beginnt direkte Demokratie auf der für den Bürger sichtbarsten, der kommunalen Ebene. Oft sind es aber weniger die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, die die Menschen von der Wahrnehmung direktdemokratischer Mittel abhalten, als das Gefühl, „sowieso nicht gegen die da oben anzukommen“. Viel zu häufig entsteht der Eindruck, der Bürger „störe“ das verwaltungsinterne Verfahren und der Forderung nach einem Bürgerentscheid wird von Anfang an mit großer Skepsis bis Ablehnung begegnet. Dabei muss der Bürger nicht zwingend gegen geplante oder bereits gefasste Beschlüsse sein, sondern möchte einfach gefragt werden. Im Idealfall fühlen sich die Bürger so besser in Entscheidungen eingebunden, es entsteht ein Verständnis auf beiden Seiten und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen kann wieder wachsen. Dennoch gilt: Direkte Demokratie kann nicht die repräsentative Demokratie ersetzen. Die Bürger müssen parallel motiviert werden, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Gleich dreimal dürfen sie im Jahr 2024 in Sachsen aktiv wählen und über die Zukunft in ihrer Kommune, ihrem Land und auf europäischer Ebene entscheiden. Es ist deshalb Aufgabe aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und ihnen durch vernünftig begründete sach- und bürgernahe sowie lösungsorientierte Politik zu zeigen, dass ihre Stimme etwas zählt.

Der Vertrauensverlust in die Gerichte ist als dramatisch einzustufen, sind sie es doch, die eine wesentliche Säule unseres Rechtsstaats bilden. Selbstverständlich findet nicht jeder jede Entscheidung „schön“, aber gerade das macht eine unabhängige Gerichtsbarkeit aus. Sie entscheidet ohne Ansehung der Person und ohne Rücksicht darauf, was die Mehrheit sich wünscht. Wer daran zweifelt, sollte die Chance nutzen und die meist öffentlichen

Gerichtsverhandlungen persönlich verfolgen oder sich als Schöffe oder ehrenamtlicher Richter engagieren. Zudem ist es Aufgabe der Politik, so – wie es auch vom Bürger verlangt wird – gerichtliche Entscheidungen zu respektieren und letztinstanzliche Entscheidungen zu akzeptieren. Nur so kann das Vertrauen in die Gerichte wieder gestärkt werden. Dies schließt den anständig im Ton geführten politischen Diskurs zu Gerichtsentscheidungen nicht aus.

Effizienz und Verlässlichkeit schafft Institutionenvertrauen in der Demokratie – aber auch Bürgerinnen und Bürger sind gefordert (Prof. Dr. Beate Neuss)

Große Besorgnis muss das deutlich gesunkene Vertrauen in politische Institutionen, Parteien, Gerichte, Medien und Kirchen auslösen. Mangelndes Vertrauen in die Säulen eines demokratischen Systems kann leicht zu Zweifeln an der Demokratie insgesamt und am Rechtsstaat führen. Problematisch ist auch, dass Demokratie von zu vielen als reines Verfahren zur Findung von (Regierungs-)Mehrheiten angesehen wird. Unsere auf dem Grundgesetz basierende liberale Demokratie verlangt hingegen explizit und implizit den Schutz von Menschenrechten, Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit für alle in Deutschland Lebenden. Die Verneinung dieser Prinzipien und die Verächtlichmachung der sie tragenden Institutionen bzw. Angriffe auf ihre Repräsentanten sind eine Bedrohung der Demokratie. Jeder Bürger sollte sich für die Einhaltung demokratischer Regeln einsetzen – Demokratien scheitern an mangelnder „Zivilcourage“. Noch wird Demokratie als Regierungssystem mehrheitlich bejaht. Schwankende Ergebnisse der Sachsen-Monitore zur Demokratiezufriedenheit zeigen, dass Vertrauen wiedergewonnen werden kann, wenn politisch Verantwortliche in Regierungen, Parlamenten und Verwaltungen „liefern“: Wenn Krisen gut bewältigt werden und Maßnahmen sich als lösungsorientiert, effizient und verlässlich erweisen – auf allen Ebenen unseres föderalen Staates. Die „Output-Legitimität“, also die Zufriedenheit der Bürger, ist ein tragendes Fundament der Demokratie. Aktive in der Politik, in den Medien und in der Zivilgesellschaft können zu mehr Vertrauen beitragen, wenn die enorm gewachsene Komplexität von politischen Prozessen, das argumentative Ringen um die beste Lösung und der grundsätzliche Kompromisscharakter politischer Entscheidungen in Demokratien hervorgehoben würden. Politiker sollten Gründe für Entscheidungen besser vermitteln. Die Arbeitsweise von Medien müsste transparenter werden, indem sie Selektionskriterien und Redaktionsentscheidungen erläutern. Dieser Anspruch gilt selbstverständlich für alle Medien. Bürger und Bürgerinnen sollten bewusst auf sich nehmen, Nachrichten und Kommentare auf ihren Realitätsgehalt zu überprüfen und nicht nur nach Bestätigung ihrer (Vor-)Urteile suchen.

Für die Wiederherstellung von Vertrauen ist jeder verantwortlich (Dr. Roland Löffler)

Die deutlich anwachsenden Misstrauenswerte gegenüber der Politik, besonders Parteien, aber auch staatlichen Institutionen, gegenüber den gesellschaftstragenden Großorganisationen wie den Kirchen, Gewerkschaften, dem öffentlichen Rundfunk und den Wissenschaften besorgen mich. Sie müssen alle Verantwortungsträger in der Gesellschaft herausfordern, Vertrauen zurückzugewinnen. Das gilt auch für die politische Bildung. Zugleich muss aber auch klar gesagt werden: Für Vertrauen sind nicht nur die großen Einrichtungen in Staat und Gesellschaft verantwortlich, sondern jeder Bürger selbst. Wer sich selbst nicht für das Gemeinwesen einsetzt, sondern nur rumkritisiert und meint „die da oben“ seien an allem schuld, macht es sich zu leicht und trägt selbst eine Mitschuld am Vertrauensschwund. Um Demokratie und Rechtsstaat in Sachsen zu stabilisieren, braucht es die konkreten Beiträge aller, um Probleme und Krisen besser, schneller, sachgerechter zu lösen.

Zwiespältige Zustände in Sachsen: Herausforderungen und Chancen für eine Stärkung der Gemeinschaft und politischen Teilhabe *(Sebastian Reißig)*

Die vorliegenden Zahlen verdeutlichen, dass das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen und soziale Beziehungen in vielen Teilen Sachsens brüchiger geworden sind. Viele Sachsen empfinden eine erhebliche Gerechtigkeitslücke in unserer Gemeinschaft. Es ist besorgniserregend, wenn in einigen Landkreisen die Hälfte der Menschen angibt, sich abgehängt zu fühlen. Zudem besteht eine erhebliche Entfremdung von politischen Vertretern und der politischen Ordnung. Trotz dieser Herausforderungen betonen die vorliegenden Daten auch positive Aspekte. Die meisten Sachsen unterstützen die Demokratie, sind optimistisch für die Zukunft von Sachsen und glauben, dass das Land zukünftige Herausforderungen bewältigen kann. Fast die Hälfte der Befragten ist bereit, sich in Bürgerinitiativen oder Vereinen politisch zu engagieren.

Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Mitwirkungspflicht für die gesellschaftlichen Zustände und die Demokratie haben. Aktive Bürgerbeteiligung ist keine Einbahnstraße und nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, um die aktuellen Schwierigkeiten zu überwinden. Mit geeigneten Angeboten für Mitsprache, Mitwirkung und zivilgesellschaftliches Engagement kann Sachsen nicht nur aktiv gestaltet, sondern auch zu einem Ort werden, an dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen und positive Veränderungen bewirken können. Es geht schließlich um nichts Geringeres als die Frage, wie wir in der Zukunft gemeinsam zusammenleben wollen. Eine offene und engagierte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist einer der Schlüssel zu einer lebendigen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung.

Zwischen Optimismus und Kritik – Junge Potenziale für eine demokratische Zukunft *(Robert Kusche)*

Junge Menschen in Sachsen zeigen Optimismus für ihre persönliche Zukunft, jedoch bewerten sie die Zukunft ihres Bundeslandes, besonders in ländlichen Gebieten, eher pessimistisch. Im Vergleich zu älteren Generationen äußern junge Menschen stärkere Kritik und fordern eine vertiefte Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und sehen weiterhin Rechtsextremismus als das größte Problem an. Im Gegensatz zur älteren Generation fordern sie mehr politische Bildung, insbesondere auch für Erwachsene, ein. Obwohl rechtsextreme Einstellungen in Sachsen dramatisch gestiegen sind, zeigen junge Menschen niedrigere Zustimmungswerte zu antisemitischen, antimuslimischen und rassistischen Einstellungen, was auf eine höhere Toleranz und Bewusstsein für die Bedürfnisse von Minderheiten hinweist. Dieses demokratische Potenzial sollten wir für den gesellschaftlichen Zusammenhalt aktivieren. Junge Menschen sollten sich verstärkt persönlich für die Demokratie engagieren und sich entschieden gegen Menschenfeindlichkeit eintreten. Gleichzeitig ist es von Bedeutung, dass demokratische Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen sich aktiv um eine zielgerichtete Ansprache bemühen.